



Regierungsrat

Luzern, 22. Mai 2018

ANTWORT AUF ANFRAGE

A 472

Nummer: A 472
Protokoll-Nr.: 504
Eröffnet: 05.12.2017 / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i.V. mit Staatskanzlei

Anfrage Piazza Daniel und Mit. über den abnehmenden Bezug der «Luzerner Zeitung» zur Region sowie die Konsequenzen dieser Entwicklung

Zu Frage 1: Wie beurteilt der Regierungsrat die obgenannten medienpolitisch gravierenden Entwicklungen inklusive den Konsequenzen wie zum Beispiel die Schliessung der Zeitungsdruckerei in Adligenswil und der betroffenen 172 Angestellten?

Die Bemühungen, Ressourcen zu konzentrieren und Kosten zu senken, sind in der Anfrage exemplarisch beschrieben. Solche Bemühungen beschränken sich innerhalb der Wirtschaft nicht auf die Medienbranche und innerhalb der Medienbranche nicht auf den Platz Luzern. Die Verlagshäuser müssen auf technologische und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren, die sie selber kaum beeinflussen können: Immer mehr Informationen, auch redaktionelle Inhalte, stehen gedruckt oder elektronisch gratis zur Verfügung. Immer weniger Personen sind bereit, Zeitungsabonnemente zu bezahlen. Zusammen mit der Digitalisierung der Werbepattformen führt der Rückgang der zahlenden Zeitungsläserinnen und -leser zu stark rückläufigen Inserateinnahmen. Deshalb sind Kostensenkungen und neue Geschäftsmodelle unumgänglich, um die redaktionellen Angebote behaupten und die Mittel für Investitionen erwirtschaften zu können. In Luzern – mit 1991 noch drei täglich erscheinenden Zeitungen – vollzieht sich der Kostensenkungs- und Konzentrationsprozess in typischer Weise. Er erfasst die gesamte Produktionskette einschliesslich der Druckereibranche mit ihren Überkapazitäten respektive im internationalen Markt nicht wettbewerbsfähigen Preisen.

Der jüngste Schritt in diesem Prozess ist die Ankündigung der NZZ- und der AZ-Gruppe, ihre regionalen Titel in eine gemeinsame Firma einzubringen und überregionale Mantelseiten zentral zu produzieren. Auch wenn die mittelfristigen Auswirkungen auf die Redaktion der Luzerner Zeitung noch offen sind, lässt sich doch absehen, dass das Aufgehen des überregionalen Angebotes in einer Pool-Lösung den Medienplatz Luzern redaktionell und publizistisch schwächen wird. Es ist zwar durchaus nachvollziehbar, dass eine solche Pool-Lösung kurzfristig Ressourcen freisetzt, die in die regionalen Angebote fliessen können. Langfristig dürfte sich der Abbau redaktioneller Kompetenzen auf dem Platz Luzern aber negativ auf die Attraktivität und Qualität des hiesigen Regionaljournalismus auswirken. Aus unserer Sicht wäre das, ebenso wie der Verlust von Arbeitsplätzen in der Druckereibranche, eine äusserst unerwünschte Entwicklung.

In der Antwort auf die Anfrage A 460 von Hans Stutz und Mit. über die Konsequenzen von «No Billag» für die Luzerner Medienlandschaft legt unser Rat dar, dass der Kanton Luzern für die Information der Bevölkerung und die politische Wissens- und Meinungsbildung auf die

vermittelnde Tätigkeit redaktioneller Medien angewiesen ist. Dafür ist eine breit gefächerte Medienlandschaft mit gut ausgebildeten, kritischen und kompetenten Mitarbeitenden notwendig. Diese Darstellung ist nach wie vor gültig.

Zu Frage 2: Wie gedenkt der Regierungsrat volkswirtschaftlich sowie medienpolitisch dieser Fehlentwicklung zu begegnen?

Die eigentliche Medienpolitik – im Sinne der Presseförderung, der Regulierung der elektronischen Medien und des Internets – ist von Gesetzes wegen Sache des Bundes. Der Kanton Luzern verfügt nicht über regulatorische Mittel, um in unternehmerische Entscheidungen privater Medienfirmen einzugreifen. Der Branchenwandel, der dem Platz Luzern übrigens auch neue regional fokussierte Medien beschert, liesse sich so ohnehin kaum aufhalten. Unser Rat behält sich aber vor, auf Bundesebene für eine wirksame Verbesserung der Presseförderung einzutreten, indem er sich für geeignete Anpassungen bei der Verbilligung der Posttaxen einsetzt. Der Kanton kann zudem mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen unternehmerische Entscheide grundsätzlich zugunsten des Standorts Luzern beeinflussen. Dieses Ziel verfolgt der Regierungsrat mit seiner Wirtschaftspolitik.

Zu Frage 3: Wie setzt sich der Regierungsrat bei der LZ Medien Holding AG dafür ein, dass die regionale Wertschöpfung sowie die regionale publizistische Arbeit dieses für die gelebte Demokratie in Luzern wichtigen Vertreters der «vierten Gewalt» – den Medien – tatsächlich sichergestellt werden kann?

Unser Rat pflegt einen regelmässigen Austausch mit Vertretern der LZ Medien Holding AG und ihrer publizistischen Organe. Er nutzt die Kontakte, um die Rolle der regionalen Publizistik im politischen System zu erörtern, sich über aktuelle Medientrends zu orientieren und sich für die Einhaltung der Branchenregeln einzusetzen.

In der jüngeren Vergangenheit fanden diese Treffen jährlich statt. Das letzte Treffen im März 2018 war ausdrücklich dem Joint Venture der NZZ- und AZ-Regionalmedien gewidmet. Für die LZ Medien Holding AG nahmen Doris Russi Schurter, Präsidentin des Verwaltungsrates, Jürg Weber, Leiter NZZ Regionalmedien, Pascal Hollenstein, Leiter Publizistik NZZ Regionalmedien und Jérôme Martinu, Chefredaktor Luzerner Zeitung am Gespräch teil. Unser Rat drückte einerseits seine Besorgnis über eine mögliche Schwächung des Medienplatzes Luzern aus. Er liess sich andererseits darüber informieren, dass mit dem Joint Venture Chancen und Skaleneffekte im sich wandelnden Markt besser genutzt werden sollen; dass gezielt in die digitale Transformation und damit in die Zukunftsfähigkeit der Regionalmedien investiert werden soll; und dass die NZZ-Mediengruppe innerhalb des Joint Ventures weiterhin auf eine multimediale regionale Abdeckung fokussiert.

Die Delegation der LZ Medien bekannte sich ausdrücklich zur Fortführung einer mit Print, Online, TV und Radio breit gefächerten und lokal verankerten Publizistik auf dem Platz Luzern. Unser Rat wird die nächsten Schritte beim Vollzug des Joint Ventures aufmerksam verfolgen und bei Bedarf den gegenseitigen Austausch wieder aufnehmen.